

# Stephanus post

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Juni 2019

## Auf Werten ruhend, die Zukunft gestaltend.

### Europas Kern.

Sprechen wir von der Europäischen Union, so benutzen wir oft die Bezeichnung „Projekt Europa“ – worauf beruht dieses Projekt Europa? Zu Beginn stand der Wunsch nach Frieden. Aus heutiger Sicht ist der Mut zur Versöhnung durch die Schuman-Erklärung kaum mehr fassbar, weil so selbstverständlich. Doch angesichts eines nach zwei Weltkriegen zerstörten Kontinents waren sich Adenauer, de Gasperi, Bech, Monnet, Churchill und die vielen anderen einig: Nur ein miteinander verbundenes Europa kann Wunden schließen. Der Leitgedanke Schumans war: „[E]in Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich [zu] machen“. So stand die Idee Europas als Friedensprojekt an allerster Stelle, der Weg dorthin führte über wirtschaftliche Verflechtung. Die visionäre Kraft der Botschaft „Nie wieder Krieg“ war auch Antrieb für Helmut Kohl. Kohl baute aus tiefer Überzeugung mit an dem Haus Europa, unter dessen Dach die deutsche Einheit erst möglich wurde.

Heute muss sich die EU neu erfinden. Vor allem die junge Generation nimmt Frieden in Europa als selbstverständlich wahr. Für die Politik gilt es, das Friedensprojekt Europa neu zu definieren. Eine besser koordinierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist hier der richtige Weg. Nur gemeinsam können die Länder Europas international eine gewichtige Stimme haben. Und diese Stimme ist angesichts zahlreicher diffuser Krisen und weltweiter Kriege bitter nötig. Die Stabilität des „Konstruktes Europa“ garantiert es uns, in wertebasierten Gesellschaften zu leben. Daher sollten wir wieder herausheben, welche Werte uns als Europäer im Kern verbinden: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit. Eine Grundlage der Europäischen Union ist das klare Bekenntnis zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union garantiert den EU-Bürgerinnen und -Bürgern bestimmte Rechte nach innen; gleichzeitig sind Menschenrechte in den Beziehungen der EU zu anderen Ländern und Regionen ein fest verankertes Element – ein elementarer Unterschied zu vielen anderen Regionen der Welt, der die EU so besonders macht.

Diese Werte beschrieb der Politikwissenschaftler Wolfgang Bergsdorf einmal als „säkulare Derivate“, da sie aus der

Foto: Tobias Koch



Prof. Dr. Heribert Hirte MdB - Vorsitzender des Stephanuskreises.

Kontroverse mit und aus dem Christentum selbst hervorgegangen sind. Deshalb widmet sich der Fraktionsvorsitzende der EVP, Manfred Weber, in seinem Gastbeitrag diesem Anliegen: Wie können wir uns selbstbewusst auf die christlichen Wurzeln und damit auf verbindende Werte Europas berufen, zugleich aber das richtige Maß an Toleranz pflegen?

Populisten arbeiten europaweit nach ähnlichen Mustern: Das Konstruieren des Bildes einer geschlossenen Gemeinschaft und der Missbrauch von Merkmalen wie der Religion als Abgrenzung gegenüber anderen Menschen. Warum ein solches Weltbild zutiefst gegen europäische wie christliche Ideale verstößt, erklärt Volker Kauder in einem Beitrag.

Ein Bewusstsein für unsere Werte, die offene Diskussion um sie und das selbstbewusste Vertreten dieser Überzeugungen machen Europa zu einem glaubwürdigen Player in der internationalen Politik. Dafür stehen wir auch nach dieser Wahl ein.

Ihr



## Europa am Scheideweg:

### Wir brauchen Europa, Europa braucht uns!

Die Durchsetzung von Menschenrechten ist für Deutschland immer schon ein Thema der Außenpolitik. Dies gilt auch für die Religionsfreiheit. So hat das Europäische Parlament in diesem Jahr die Leitlinien für das Mandat des EU-Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union, den Slowaken Jan Figel, neu beschlossen. Auch der Stephanuskreis stellt sich seit einiger Zeit die Frage, inwieweit man dieser europäischen Perspektive gerecht werden könnte. Deswegen wird nach der Europawahl und nach der Konstituierung des neuen Europaparlaments der Zeitpunkt kommen, über eine Erweiterung des Stephanuskreises auf europäische Ebene zu sprechen. Warum vor allem Europa sich um das Thema Religionsfreiheit kümmern muss und auf welchem Wertefundament Europa beruht, hat der Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, Manfred Weber, für uns aufgeschrieben:

Das erfolgreichste Friedens- und Wohlstandsprojekt auf unserem Kontinent ist in Gefahr. Das linke politische Spektrum möchte Europa umbauen, rechte Populisten und Nationalisten das europäische Integrationsprojekt beenden. Beide Seiten versuchen, Europa ausein-

anderzutreiben und zu polarisieren. Rechte Populisten wie auch Nationalisten spalten lieber, anstatt zu einen. Einige von ihnen wollen das Europäische Parlament abschaffen – andere wollen gar das europäische Projekt im Ganzen beenden. All das hat nichts mit Heimatverbundenheit oder einem gesunden Patriotismus zu tun, der Respekt vor dem Patriotismus des Nachbarlandes hat. All das wendet sich gegen den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft, gegen das Miteinander, gegen den Kompromiss als Mittel der Politikgestaltung. All das ist nichts anderes als ein zerstörerischer Nationalismus.

Das 21. Jahrhundert ist geprägt von Veränderung. Eine nie dagewesene Beschleunigung hat Gesellschaft, Wirtschaft und Politik erfasst. Wandel wird die neue Normalität – und weckt damit neue Ängste. Es sind die Ängste vor Verlust: des sozialen Status, der kulturellen Identität oder des staatlichen Sicherheitsversprechens. Das fordert den Zusammenhalt in unserem Land heraus und macht die Frage aktuell, was uns im Kern verbindet an Werten, Leitbildern und Ordnung.

#### Das Wertefundament Europas

Wir brauchen starke geistige, wertge-

#### Inhaltsverzeichnis

<b>Der Stephanuskreis</b> Der Vorsitzende informiert	1
<b>Grußwort</b> Manfred Weber MdEP	2
<b>Gastbeitrag</b> Volker Kauder MdB	4
<b>Gut zu wissen:</b> <b>Rechtspopulismus und Christentum</b>	4
<b>Stephanuskreis Intern</b> Veranstaltungen & Vorträge	6
<b>Aus aller Welt</b> <b>In den Medien</b>	7 8
<b>Tipps &amp; Termine</b>	9

bundenen Wurzeln. Gerade in Zeiten des Umbruchs und der tiefen Verunsicherung braucht es diese Leitplanken für Stabilität. Wer durch Europa reist, erlebt eine große Vielfalt an Sprachen, Kulturen und Geschichte. Jedoch gibt es eine übergreifende Gemeinsamkeit: In fast jeder Stadt und fast jedem Dorf steht eine christliche Kirche.

---

*Dieser Kontinent ist  
zutiefst vom  
Christentum  
geprägt.*

---

Diese Prägung zeigt sich in vielen Aspekten unserer Institutionen: Die Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck der Solidarität einer Gemeinschaft dem Einzelnen gegenüber, unsere Alltagskultur lebt von christlichen Traditionen, und unser Rechtssystem fußt auf einem christlichen Wertekanon, geprägt von Humanismus und Aufklärung. All das stiftet Zusammenhalt, ohne auszugrenzen. Die Verwurzelung im Eigenen macht weltoffen: Sie steht nicht im Widerspruch zur Offenheit, sie ist vielmehr



**Manfred Weber MdEP**

Weber sitzt seit 2004 im Europaparlament, seit 2014 ist er Fraktionsvorsitzender der EVP und in diesem Jahr bewirbt er sich als Spitzenkandidat der EVP für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten.



Gemeinsam für ein besseres Europa und wider den Rechtspopulisten - Manfred Weber und Heribert Hirte.

*Fortsetzung Seite 2:*

Voraussetzung für diese Weltoffenheit. All das gilt es zu erhalten und zu pflegen.

### Das christliche Leitbild

Aber es steht noch mehr auf dem Spiel – wir stehen vor einem entscheidenden Jahrzehnt, das bestimmt, welche Systeme sich weltweit verbreiten. Wir stehen dabei klar an der Seite der Werte des Westens – Demokratie, Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Universalität der Menschenrechte leitet sich auch aus dem christlichen Menschenbild ab und der unteilbaren Würde des Einzelnen. Wir müssen für diese Werte selbstbewusst eintreten. Das leitet uns in einer klugen Handelspolitik, die soziale wie ökologische Leitplanken kennt und sie in den Welthandel exportiert. Das leitet uns im Bestreben nach multilateralen Lösungen, statt auf Konflikt, Egoismus und Einzelinteressen zu blicken. Das leitet uns in Fragen der Innovationen, die wir fördern wollen – und die dem Menschen dienen sollen. Ein Anliegen liegt mir hier besonders am Her-

zen: Ich möchte die Kräfte bündeln, um die Volkskrankheiten Krebs und Alzheimer gemeinsam zu stoppen. Das kann gelingen, wenn wir in Europa unsere Ressourcen und Ziele beim Kampf gegen Krebs besser abstimmen, bündeln und einen Masterplan entwerfen. Wir sollten alle Kräfte zusammenführen, um diese Geißel unserer Zeit zu bekämpfen. Das sind Innovationen zum Wohl der Menschen. Für mich gehört zu dieser Liste auch das klare Bekenntnis: Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wird es mit uns nicht geben.

Europa baut auf den Werten der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und des christlichen Menschenbilds auf – und es muss seine Grenzen kennen. Wer, wenn nicht Europa, kann zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft auch im 21. Jahrhundert erfolgreich wirtschaftliche Prosperität und Solidarität zusammenbringen kann? Wer, wenn nicht Europa, setzt auf das Mittel der Diplomatie statt auf Eskalation? Wer, wenn nicht Europa, kann und sollte versuchen, die Welt immer ein kleines Stück besser zu machen?

Europa steht am Scheideweg. Für mich steht daher fest: Wir brauchen Europa, und Europa braucht uns! Wir machen ein Angebot: Für ein Europa, das nah bei den Menschen ist. Für ein bürgerliches Europa, das seine Wurzeln kennt und achtet.

*Manfred Weber (46) war der europaweite Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) für das Amt des Kommissionspräsidenten und Spitzenkandidat von CDU und CSU zur Europawahl. Seit 2014 ist er Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.*

## Gut zu wissen:

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe führt am Mittwoch, dem 8. Mai, eine öffentliche Anhörung zum Thema „Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ durch.

Der Einsatz ausländischen Personals, das Religionsgemeinschaften, religiöse Vereine und sonstige religiöse Organisationen für ihre religiösen Dienste einsetzen, ist ein Thema der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Wie die Bundesregierung darin ausführt, erhebt sie nicht allgemein oder anlasslos Daten, welche Religionsgemeinschaften ausländisches Personal beschäftigen oder wie viele Personen aus dem Ausland sie beschäftigen.

Über islamfeindliche Straftaten berichtet die Bundesregierung [in ihrer Antwort](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Danach wurden dem Bundeskriminalamt im vierten Quartal 2018 (Stand: 18. März 2019) insgesamt 150 Delikte mit dem Unterthema „Islamfeindlich“ gemeldet.

Die Bundesregierung hat auf der internationalen Geberkonferenz Ende Februar 2019 in Genf im Rahmen des humanitären Hilfsplans der Vereinten Nationen für Jemen für das laufende Jahr humanitäre Hilfe im Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro angekündigt. Dies geht aus der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen hervor.

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (Ditib) ist ein Thema der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wie die Bundesregierung darin ausführt, wird die „personelle und strukturelle Anbindung“ der Ditib an die türkische staatliche Religionsbehörde „insbesondere vor dem Hintergrund der verstärkten politischen Einflussnahme des türkischen Staates auf Ditib in den letzten Jahren kritisch gesehen“.

# „Was können wir tun?“

## Das Christliche Menschenbild und unsere Verantwortung

Die Achtung der Würde des Menschen bildet das maßgebliche Fundament, auf dem Europa als Wertegemeinschaft gegründet ist. So heißt es im Vertrag über die Europäische Union (in der Fassung des Lissabonner Vertrags): „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“

Die Vorstellung einer unverfügbaren, dem Menschen bedingungslos zukommenden Würde findet dabei ihre Entsprechung im christlichen Menschenbild, für das die Idee der Gottesebenbildlichkeit entscheidend ist. Hierin liegt auch die große Innovation der jüdisch-christlichen Tradition: Nicht nur König oder Pharao, sondern alle Menschen – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Religion sind aufgrund ihres Menschseins Ebenbild Gottes. Der Einzelne ist dabei befähigt und berufen, sich einerseits frei zu entfalten und zugleich Verantwortung für sich selbst und seine Mitmenschen zu übernehmen.

### Den Glauben frei wählen

Im Hinblick auf die Religionsfreiheit als Menschenrecht schlechthin bedeutet dies einerseits, dass der Einzelne das unbestreitbare Recht hat, seinen Glauben frei zu wählen und die jeweilige Religion gemeinsam mit anderen privat und öffentlich auszuüben. Es bedeutet andererseits, dass er dieses Recht auch seinen Mitmenschen im gleichen Maße zugestehen muss. Aufgabe des Staates ist es dabei zunächst, die entsprechenden Rahmenbedingungen und Freiheitsräume zu gewährleisten.

Doch Religions- und Glaubensfreiheit, wie wir sie hier in Europa genießen, sind in zahlreichen Ländern teilweise massiv eingeschränkt und gefährdet. Menschen ihr Recht auf Religionsfreiheit, und damit auf Selbstbestimmung in einem besonders verletzlichen und persönlichen Bereich

abzusprechen heißt, ihnen das Mensch-Sein abzusprechen. Wer sich daher für verfolgte Christen einsetzt, setzt sich zugleich für Religionsfreiheit und so für die Achtung der Würde des Menschen überhaupt ein.

Die besondere Solidarität des Stephanuskreises mit verfolgten Christen ist dabei stets exemplarisch und inklusiv, niemals als exklusiv zu verstehen. Die inklusive Grundhaltung des christlichen Menschenbildes, das für uns als

Deutungshoheit angedeihen zu lassen, müssen wir auch weiterhin über das „C“ als maßgebliche Orientierung unserer Politik sprechen.

### Die Situation weltweit

Global betrachtet wird das Menschenrecht auf Religionsfreiheit aber auch durch jene gefährdet, die dieses Recht zwar äußerlich zugestehen, es aber inhaltlich anders besetzen: So ar-



**Volker Kauder, MdB**

Kauder ist zuständig für die Themen Werte, Religionsfreiheit und Einsatz gegen Christenverfolgung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Christdemokraten eine zentrale Orientierungsgröße ist, steht in einem überdeutlichen Kontrast zur Rhetorik rechtspopulistischer Akteure. Diese inszenieren sich oft als Hüter der christlich-abendländischen Tradition, sind dabei aber der größte Feind ebendieser Tradition und instrumentalisieren das Christentum und sein Menschenbild für ihr nationalistisches Narrativ. Sie setzen Nicht-Christen strukturell herab und wollen das universelle und zentrale Menschenrecht der Religionsfreiheit für Muslime durch gezielte Provokationen in Frage stellen. So wird das christliche Menschenbild in sein Gegenteil verkehrt: Aus Inklusion wird Exklusion, aus Gleichheit Ungleichheit, aus Frieden Feindschaft. Um den Rechtspopulisten in Deutschland und Europa hier nicht

gumentierte etwa die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in einem Antrag, der als Resolution durch den UN-Menschenrechtsrat angenommen wurde, dass es im Hinblick auf die Religionsfreiheit darum gehe, die Religion selbst, und nicht etwa das Individualrecht zu schützen. Damit ist das Menschenrecht der Religionsfreiheit allerdings ausgehöhlt, weil so die negative Religionsfreiheit sowie das Recht, die eigene Religion frei zu wählen, implizit bestritten werden. Ein derartiges Verständnis von Religionsfreiheit findet sich heute in zahlreichen Verfassungen islamisch geprägter Staaten, etwa der irakischen Verfassung von 2005. Auch in anderen Staaten, die den Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte ratifiziert haben, beispielsweise Pakis-

tan, ist die in diesem Pakt eigentlich gesicherte Religionsfreiheit durch Blasphemiegesetze massiv bedroht.

Angesichts dieser vielfältigen Bedrohungen der Religionsfreiheit muss Europa stets seine Stimme erheben und deutlich machen: Religionsfreiheit ist ein Individualrecht, das allen Menschen zukommt und kein Schutzwall für Religionen. So schreiben es auch Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) fest. Insbesondere auch gegenüber jenen Staaten, die den IPbPR ratifiziert haben, ist die Einhaltung dieser Selbstverpflichtung auch einzufordern.

### Die Glaubwürdigkeit Europas

Der Umgang mit verfolgten Christen ist hier eine grundsätzliche Glaubwürdigkeitsfrage für Europa: Lippenbekenntnisse zu den europäischen Werten in ihrer jüdisch-christlichen Prägung werden unserer Verantwortung, für die Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen einzutreten, nicht ausreichend gerecht. Die Berufung eines EU-Sonderbeauftrag-

ten für Religionsfreiheit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es braucht mehr politische Initiative.

Doch was können wir tun? Real greifbar und virulent wird die Herausforderung der Christenverfolgung nicht erst jenseits der Grenzen Europas. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Situation geflohenen, christlicher Konvertiten, denen die Abschiebung in für sie lebensgefährliche Situationen droht, vor Augen hält. Dass es hierbei buchstäblich um Leben und Tod geht, zeigt beispielsweise der Fall des evangelischen Pfarrers Yousef Nadarkhani, der wegen Apostasie (Glaubensabfall) zum Tode verurteilt wurde. Seine Freilassung im September 2012, der Mahnwachen und Appelle an die iranische Botschaft vorausgingen, ist dabei zugleich ein Zeichen der Hoffnung, zeigt sich hier doch, dass wir derartigen Situationen nicht grundsätzlich hilflos gegenüberstehen.

Darüber, dass es im Hinblick auf das Wertefundament der Europäischen Gemeinschaft nicht akzeptabel ist, Christen in Verhältnisse abzuschieben, in denen ihr Leben aufgrund ihres Glaubens gefährdet ist, besteht teilwei-

se ein fraktionsübergreifender Konsens. Auch Vertreter zahlreicher Kirchen warnen vor der Abschiebung konvertierter Christen. Hier sind wir gefordert, neue innenpolitische Handlungsstrategien zur Wahrnehmung unserer Verantwortung zu erschließen.

Doch Verantwortung haben wir auch außenpolitisch, zum Beispiel für Christen und Jesiden, die im Zuge der mörderischen Eroberungen des Islamischen Staates im Nordirak ihre Heimat verlassen mussten. Hier ist eine wertegeleitete, deutsche und europäische Außenpolitik gemahnt, sich nicht nur für physische Sicherheit stark zu machen, sondern auch für strukturelle Rahmenbedingungen, die eine echte Religionsfreiheit ermöglichen. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, Betroffenen zuzuhören, sie zu Wort kommen zu lassen und ihnen unsere Solidarität glaubhaft zu signalisieren. Zu dieser Solidarität mahnt uns unablässig das christliche Menschenbild, an dem wir unsere Politik ausrichten. Denn es verweist auf Einen, der sich bis in den Tod am Kreuz hinein mit den Menschen – mit allen Menschen – solidarisiert.

## Gut zu wissen: Wie Rechtspopulisten versuchen, das Christentum für sich zu vereinnahmen

Rechtspopulistische Parteien in ganz Europa versuchen beständig, die Vertretung des Christentums für sich zu beanspruchen. Der wohl öffentlichkeitswirksamste Versuch der AfD in Deutschland war eine Große Anfrage zum Thema Christenverfolgung im vergangenen Jahr. Die Kirchen jedoch lassen sich hiervon nicht vereinnahmen. Mehrere deutsche Bischöfe haben sich klar von der Partei distanziert und ziehen deutliche rote Linien im Umgang. Dabei ist immer wieder zu beobachten: Gibt es Widerstand aus der Kirche gegen rechte Parteien, sprechen diese der „Amtskirche“ den Vertretungsanspruch für die christliche Botschaft ab. In Italien attackierte Matteo Salvini, Parteichef der Lega (ehemals Lega Nord), sogar Papst Franziskus. Doch wieviel christliche Überzeugung steckt tatsächlich hinter dem Agieren der

Rechtspopulisten? Mit dieser Frage haben sich Dr. Alexander Yendell von der Universität Leipzig zusammen mit Dr. Oliver Hidalgo und Dr. Philipp Hildmann beschäftigt. Ihr eindeutiges Fazit: Rechtspopulistische Akteure nähmen Religion primär aus strategischen Gründen in Anspruch – ein persönliches Bekenntnis zum Christentum fehle meistens. Ihr Ziel bestehe darin, sich von allen Seiten – auch diejenigen, die sich aus religiösen Gründen Sorgen machen. Die Autoren offenbaren ein altbekanntes Schema von populistischen Parteien: Durch die vermeintliche Bemächtigung christlicher Deutungshoheit versuchen AfD & Co. Gegensätze zu konstruieren, um ihre Feindbilder wie den Islam aufrecht zu erhalten.



- Ein anschauliches **Interview** mit Dr. Yendell zu seiner [Studie können Sie hier finden](#).
- [Hier finden Sie sechs Thesen](#), anhand derer die Wissenschaftler den Umgang von Rechtspopulisten mit Religion thematisieren.

# Veranstaltungen & Vorträge

## Sitzungen des Stephanuskreises

### Februar 2019: „Die Lage der

### Christen in Israel und Palästina“

Ein höchst brisantes Thema hatte sich der Stephanuskreis für seine Sitzung im Februar verordnet: „Die Lage der Christen in Israel und Palästina.“ Religion ist im Nahen Osten als fundamentalistisches und politisches Zweckmittel omnipräsent. In Israel zeigt sich das in den vergangenen Jahren an der anhaltenden Gewalt zwischen der islamistischen Hamas und der israelischen Armee. Heftig disku-



Über die Lage der Christen in Israel und Palästina sprachen Marc Frings (Mitte) und Dr. Mitri Raheb (links).

tiert wurde das 2018 von der Knesset verabschiedete Gesetz zum jüdischen Charakter Israels. Umso spannender waren die Einblicke von Marc Frings, Leiter des Büros der Konrad Adenauer Stiftung in den Autonomen Gebieten, und Dr. Mitri Raheb, einem anerkannten Experten und christlicher Theologen, der bereits mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde. Doch an der Person Raheb lässt sich erkennen, welche Spannungen mit jeglicher Debatte um das Thema Israel und Palästina einhergehen. Gilt Raheb in einigen Kreisen als anerkannter Experte und engagierter Vorkämpfer für die Anliegen der Christen in Palästina, werfen ihm andere Kreise nicht genügend Distanzierung von der BDS-Bewegung vor. Kritisch wie aufmerksam wurde sein Referat daher von den teilnehmenden Mitgliedern des Stephanuskreises und zahlreichen externen Besuchern aufgenommen.

Dr. Raheb schilderte die Geschichte der Christen im Zuge der Staatsfindung Israels. Betrug Anfang des 20. Jahrhunderts der Anteil der Christen

im historischen Palästina noch 12 Prozent, so liegt er heutzutage gemessen an den damaligen Grenzen bei nur noch 1,5 Prozent. Dr. Raheb berichtet auch über seine zahlreichen Begegnungen mit christlichen Familien und schildert deren Probleme im religiösen Alltag. Im Hinblick auf die politische Situation gebe es keine den Christen eigene Perspektiven und Visionen, sie blieben aber eine engagierte Minderheit. Dr. Raheb berichtete, dass nicht nur fast die Hälfte der NGOs in dieser Region christlichen Hintergrund habe, sondern auch drei palästinensische Minister im letzten Kabinett Netanjahu bekennende Christen waren. Da aber Hochburgen der verbliebenen Christen wie in Betlehem durch eine fortlaufende Siedlungspolitik bedroht seien, sei die gesamte Zukunft der Christen in der Region in Gefahr.

### März 2019: Das Leid im Jemen

Anfang März bekam der Stephanuskreis bewegenden Besuch. Zwei jemenitische Christen waren gemeinsam mit dem Nahost-Experten Matthias Schwab von der Evangelischen Allianz zu Gast. Der traurige Anlass: Der Beginn des Krieges im Jemen jährte sich zum fünften Mal. Wie gefährlich das Leben als Christ in Jemen ist, verrät schon der Umstand, dass beide jemenitischen Gäste nicht mit ihrem echten Namen auftraten. Das Risiko, durch Fanatiker beispielsweise im Netz oder in dieser Publikation hier entdeckt zu werden, wäre zu groß. Der Konflikt im Jemen bekommt selbst nur wenig Aufmerksamkeit durch die internationale Gemeinschaft. Und das, obwohl die humanitäre Situation noch dramatischer als in Syrien ist. Grund für die fehlende Berichterstattung ist auch die Tatsache, dass der Jemen eines der ge-

fährlichsten Länder für Journalisten ist und deshalb kaum noch unabhängige Berichtersteller vor Ort sind. Die geographische Abgeschiedenheit des Landes tut ihr Übriges.

Die Berichte unserer jemenitischen Gäste waren ergreifend und menschlich zutiefst bewegend. Heute leiden 82 Prozent der Bevölkerung an Hunger. 24 Millionen von insgesamt 29 Millionen Menschen sind von humanitären Hilfsleistungen abhängig. Nächtelange Bombardierungen, zahlreiche Landminen, Cholera und verunreinigtes Wasser erschweren die Situation. Derzeit können sich im Jemen alle Christen nur im Untergrund zu ihrem Glauben bekennen. Immer mit der Angst, dass dieses Bekenntnis ihr Leben kosten könnte. Die Jemenitin berichtete, wie ihr Bruder und ihr Nachbar aufgrund ihres christlichen Glaubens vom IS ermordet wurden; ihr Nachbar vor den Augen seiner Ehefrau und seiner drei Töchter. Trotz der andauernden Drohung, der Angst und des vielen Leids, die christliche Untergrundbewegung im Jemen findet Zulauf. Die Menschen wollen wählen, welchem Glauben sie angehören und ihn nicht aufgezwungen bekommen. Und noch eine Botschaft hatten die jemenitischen Gäste für den Stephanuskreis und die Öffentlichkeit: Die



Nur unter falscher Identität konnten die jemenitischen Christen (rechts im Bild) durch Europa reisen. Daheim droht ihnen die Verfolgung.

Christen im Jemen wollen keine Opfer sein. Sie wollen am Wiederaufbau des Landes teilhaben und anderen helfen. Und vor allem wollen sie Gehör finden.

# Der Stephanuskreis mischt sich ein

## Markus Grübel auf Irakreise

Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, ein langjähriges Mitglied unseres Stephanuskreises, reiste vom 1. bis zum 6. März 2019 in den Irak, um sich mit politischen und religiösen Vertretern über das Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen im Land auszutauschen. Zudem verschaffte er sich persönlich ein Bild von den Lebensbedingungen der Menschen in den vom sogenannten Islamischen Staat zerstörten Gebieten.

In seinen Gesprächen erörterte Markus Grübel auch die notwendigen Grundlagen für die Rückkehr der zahlreichen irakischen Binnenvertriebenen in ihre Heimat. Im direkten Austausch benannten religiöse Würdenträger verschiedener Konfessionen und Rückkehrer eine gute Sicherheitslage, Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven sowie ihr Bedürfnis nach Gerechtigkeit, das heißt, der justiziellen Aufarbeitung der Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates als wichtige Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im

Irak. Das BMZ leistet unter anderem durch die Unterstützung beim Wiederaufbau der vom sogenannten Islamischen Staat zerstörten Gebiete und durch Förderung von Bildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Aussöhnung einen wichtigen Beitrag.

Viele Gesprächspartner betonten zudem, dass religiöse Würdenträger im innerirakischen Versöhnungsprozess eine wichtige Rolle einnehmen sollten. Sie können dabei unterstützen, das Vertrauen zwischen Christen, Jesiden, Sunniten, Schiiten und weiteren Religionsgruppen, das durch die Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates nachhaltig beschädigt wurde, zu stärken. Schon heute gibt es Orte, in denen Vertreter der verschie-



Foto: BMZ

Im engen Kontakt mit Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen - Markus Grübel während seiner Irakreise.

denen Konfessionen friedlich zusammenleben und an denen Christen, Jesiden und Muslime gemeinsam an der Konfliktbewältigung arbeiten. Hier leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von Projekten bereits eine wichtige Unterstützung.

## Diese Klicks lohnen sich:

### Um Anerkennung der Rechte christlicher Gemeinschaften

Papst Franziskus weiß zu überraschen: In einer Videobotschaft, die unter anderem über YouTube veröffentlicht wurde, betet das Kirchenoberhaupt für verfolgte Christen weltweit. Seine Botschaft im Wortlaut: „Selbst in unserer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft werden Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt. Unter ihnen sind welche, die verfolgt und umgebracht werden, weil sie Jesus Christus nachfolgen. Hinzu kommt die Diskriminierung von Christinnen und Christen in so vielen Ländern, in denen sie nicht anerkannt werden oder in denen ihre Existenz durch Forderungen und Beleidigungen subtil verleugnet wird: Lasst uns ihre Rechte verteidigen!“ [Das ganze Video finden Sie hier.](#)

### Christenverfolgung in der DDR

Die Universität Jena soll die Verfolgung von Christen in der DDR erforschen. Nachdem die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen zunächst die Finanzierung eines ähnlichen Projekts an der Universität Erfurt versagt hatte, wird sich nun ein Kirchenhistoriker in Jena einem entsprechenden Projekt widmen. Mehr hierzu hat der [MDR berichtet.](#)

### Gute Nachricht in schlechten Zeiten

Einen historischen Besuch absolvierte Papst Franziskus in Abu Dhabi. Anlässlich einer interreligiösen Konferenz setzte Franziskus als erster Papst den Fuß auf die arabische Halbinsel. Franziskus und Großimam Achmed al-Tayyeb unterzeichneten in Zuge dessen eine gemeinsame Erklärung. Das Dokument stellt eine starke Absage an Gewalt und Terrorismus dar: „Gott will nicht, dass sein Name dazu benutzt wird, Menschen zu terrorisieren.“

Das ganze Dokument in [deutscher Übersetzung finden Sie hier.](#)

# Was die Öffentlichkeit bewegt

## Stephanuskreis in den Medien

### Stephanustag

Dezember 2018

Am 26. Dezember ist alljährlich der Gedenktag des Heiligen Stephanus. An diesem Tag erinnern sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche an Stephanus, den ersten Märtyrer der Kirche. Die katholische Kirche gedenkt zudem speziell der verfolgten christlichen Glaubensschwestern und -brüder weltweit. In einer gemeinsamen Pressemitteilung haben Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises und Hermann Gröhe, Religionsbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion, den Tag zum Anlass genommen, mehr Aufmerksamkeit auf die brisante Lage vieler Menschen zu richten. Es berichteten das [Domradio](#), [die Welt](#), [das Handelsblatt](#) und [Idea](#).

### Weltverfolgungsindex 2019

Januar 2019

Ende Januar stellte Open Doors Deutschland den Weltverfolgungsindex 2019 vor. Was wir an diesem ablesen können: Seit 2012 steigt der Druck auf Christen in vielen Ländern dieser Welt. Weniger ist die Rangfolge der 50 Staaten mit der schärfsten Christenverfolgung als Hauptkennzeichen dieses Index zu sehen, erklärte Heribert Hirte. ErDie detaillierte Darstellung verschiedener Motivlagen, die zu der Verfolgung christlich gläubiger Menschen führen, muss vielmehr für die Politik Warnzeichen sein. Die [FAZ](#) und [Die Tagespost](#) griffen die Aussagen von Hirte auf.

### Weiter Bangen um Asia Bibi

Februar 2019

Der Stephanuskreis betet weiter für Asia Bibi. Was ist seit der letzten Stephanuspost geschehen? Zunächst herrschte Hoffnung, da Asia Bibi nach langen Jahren endgültig freigesprochen wurde. Hierzu gab Heribert Hirte dem [Domradio ein Interview](#) und betonte die Leistung der pakistanischen Justiz, selbst einen Freispruch bewirkt zu haben. Doch das Bangen hält bis heute an. Asia Bibi konnte das Land entgegen aller Zusagen noch nicht verlassen. Die Informationslage bleibt schlecht.

### Schaut auf den Jemen!

März 2019

Der Schwerpunkt Jemen der letzten Sitzung des Stephanuskreises sorgte für neue Aufmerksamkeit in der Presse: [Idea, pro – Das christliche Medienmagazin](#) und [die Tagespost](#) berichteten über die Sitzung, ein ausführliches Interview über die Situation der Christen im Jemen und die humanitäre Situation dort hat Heribert Hirte dem Domradio gegeben – [hier zum Nachhören](#).

### Gemeinsames Wort der großen Kirchen

April 2019

Mehr als zehn Jahre nach ihrem letzten „Gemeinsamen Wort“ zur Demokratie haben die beiden großen Kirchen in Deutschland erneut eine Grundsatzerklärung zu dem Thema vorgelegt. Anlass: Autoritäres Denken und populistische Tendenzen. Ihre Besorgnis angesichts der Zugewinne rechts-populistischer Parteien äußerten die beiden Kirchen bewusst im direkten Vorfeld zur Europawahl. Zu dem Papier wurde Hirte im [Domradio](#) und [evangelisch.de](#) zitiert.

### Anschläge in Sri Lanka

April 2019

Weltweit nimmt der Hass gegen Christen und Religionen insgesamt zu. So nehmen es Heribert Hirte und viele andere Mitglieder des Stephanuskreises wahr. Oft werde nicht zwischen Staaten und Religionen getrennt. Auch die Anschläge in Sri Lanka waren ein trauriger Beweis hierfür. Zu der brutalen Attentatsserie hat sich Hirte für [MDR aktuell](#) und [im Domradio](#) geäußert.

## Schön gesagt

„Der Mensch mit unveräußerlicher Würde und gleichzeitiger Unvollkommenheit als ein Wesen, das zur Eigenverantwortung fähig ist, aber auch Gemeinschaft braucht und den Bezug zu ihr. Wir haben nie den Anspruch erhoben, eine christliche Politik oder gar eine konfessionell gebundene Politik zu machen. Das machen wir bewusst nicht – auch weil wir dann nicht offen wären für Menschen anderer Glaubens und für Atheisten.“

Annegret Kramp-Karrenbauer im Publik-Forum 08/2019, 19.4.2019, zu der Bedeutung des „C“ für die CDU.

„Dazu gehört aber auch, die Unterdrückung von Christen deutlich anzusprechen und klar für die Einhaltung der Religionsfreiheit einzutreten“

Paul Ziemiak, CDU-Generalsekretär, zu der Anschlagsserie in Sri Lanka

„Die Christen und die Kirchen wollen kein Öl ins Feuer gießen, sie wollen lieber stille Diplomatie üben. Ob sie denn wenigstens dann das tun, können wir natürlich nicht wissen. Aber wir dürfen nicht schweigen oder stumpf wegschauen, wenn Menschen irgendwo auf der Erde nur deswegen verfolgt werden, weil sie ein UN-Menschenrecht für sich in Anspruch nehmen. Weil sie sein wollen, was wir sind!“

Steffen Reiche, 58, ist Pfarrer an der Nikolasseer Kirche Berlin. Von 2005 bis 2009 war er für die SPD Mitglied im Deutschen Bundestag. „Gegen Christenverfolgung ist Appeasement nutzlos“ vom 16.1.2019 für welt.de

„Rechtspopulisten und Konservative unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich ihrer Politik der Religionsfreiheit. Während christliche Konservative die Fahne für die Demokratie und damit auch das Gebot der Religionsfreiheit hochhalten, wollen Rechtspopulisten im Grunde die Religionsfreiheit einschränken und damit vor allem die angebliche Unterwanderung durch den Islam unterbinden. Die Einschränkung der Religionsfreiheit ist natürlich mit den Grundsätzen der Demokratie nicht vereinbar.“

Interview mit Dr. Alexander Yendell, veröffentlicht über den idw – Informationsdienst für die Wissenschaft – am 26.3.2019.



Foto: Tobias Koch

Die Mitglieder des Stephanuskreises - quer durch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Einsatz für Religionsfreiheit.

## Aktuelle Studien und Beiträge zur Religionsfreiheit und Situation von Christen

### AKK: Christ und Politiker sein

Ihre ganz persönliche Verbindung zwischen christlichem Glauben und der politischen Arbeit beschrieb Annegret Kramp-Karrenbauer in einem ausführlichen Gastbeitrag in der Beilage der Wochenzeitung Die Zeit: „Christ und Welt“. Die Botschaft des Christentums könne Politikern Orientierung geben. Sie könne konkreten Entscheidungen eine Richtung geben, aber sie könne konkrete Entscheidungen nicht ersetzen. Denn AKK hat die Überzeugung: „Die christliche Botschaft kennt keine christliche Politik“. [Hier finden Sie den Gastbeitrag](#) (nur für Abonnenten).

### Weltverfolgungsindex 2019

Das Hilfswerk „Open Doors“ veröffentlichte wie in jedem Jahr den Weltverfolgungsindex. Die Verfolgung von Christen ist für „Open Doors“ ein globaler Trend seit über zehn Jahren. Grund dafür sei auch die Zunahme totalitärer Herrschaftssysteme. Und auch 2018 nahmen Gewalt und Verfolgung gegen Christen weltweit weiter zu. Allerdings verschärft sich das Ausmaß der Zunahme von Gewalt nach Angaben des Hilfswerks seit einigen Jahren in vielen Ländern zusehends rascher. Den Index [finden Sie hier](#).

### Leitlinien der EU und das Mandat des EU-Sondergesandten für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU

Von der Öffentlichkeit fast gänzlich unbemerkt hat das Europäische Parlament neue Leitlinien für das Mandat des EU-Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union, den Slowaken Jan Figel, beschlossen. Die Leitlinie ist [hier nachzulesen](#); die Plenardebatte zum Entscheid [finden Sie hier](#) (keine deutsche Übersetzung).

### Christliche Kirchen und Parteien

Dem Verhältnis zwischen Parteien und Kirchen hat sich die Hanns-Seidel-Stiftung in der 69. Ausgabe der „Aktuellen Analysen“ gewidmet. Parteien haben keinen „Alleinanspruch“ auf die Prägung des Staates - allerdings prägen Parteien in Deutschland staatliches Handeln durch den demokratischen Wettbewerb und ihren Anteil an der Willensbildung der Bevölkerung. Nähe oder Distanz der Parteien zu zentralen Grundlagen der christlichen Kirchen sind deshalb alles andere als belanglos. Diesem Verhältnis nähert sich das Analysepapier. [Hier in Gänze zu finden](#).

## TERMINE

### 11. bis 12. Juni 2019

Tagung „Gefährlicher Glaube: Christenverfolgung heute“, Cadenabbia

### 15. Juni 2019

Zentrale Gedenkveranstaltung anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Genozids an den Aramäern im Osmanischen Reich - u.a. mit Ansprache von Heribert Hirte.

### 20. August 2019

10. Weltversammlung „Religions for Peace“ (RfP) in Lindau/Bodensee

### Folgen Sie dem Vorsitzenden des Stephanuskreises auf [Twitter!](#)

[@HHirte](#) schreibt dort regelmäßig zu den Hashtags [#Stephanuskreis](#) und [#Religionsfreiheit](#).



### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Stephanuskreis,  
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB  
T 030.227-7 78 32  
F 030.227-7 68 30  
heribert.hirte@bundestag.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.